



---

## Haushalts- und Finanzausschuß

70. Sitzung (nicht öffentlich)

4. März 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.15 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Der Antrag der CDU-Fraktion, die heutige Tagesordnung um den Punkt "Neuntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften" zu ergänzen, wird nach kurzer Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

#### 1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: Steuerpflicht für sachleistungsbezogene Rückstellungen gefährdet Garzweiler II

2

Im Rahmen einer Ausschußdebatte bezieht Finanzminister Heinz Schleußer zu den aufgeworfenen Fragen Stellung.

2 **Auswirkungen des geplanten Steuerverzichts anläßlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 auf Nordrhein-Westfalen**

Bericht des Finanzministeriums

6

Finanzminister Heinz Schleußer erstattet einen kurzen Bericht, an den sich eine Debatte anschließt.

3 **Drittes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3268

Vorlagen 12/2325, 12/2350, 12/2354, 12/2491, 12/2522, 12/2525,  
12/2535

Zuschriften 12/2082, 12/2244, 12/2257, 12/2258, 12/2265, 12/2277,  
12/2282, 12/2283 (Neudruck), 12/2284, 12/2285, 12/2297 bis  
12/2299, 12/2330, 12/2349, 12/2353, 12/2354, 12/2396,  
12/2400, 12/2425

Ausschußprotokoll 12/1013

9

Der Ausschuß berät den Gesetzentwurf abschließend.

Er stimmt wie folgt über die **Änderungsanträge** ab:

Der **Antrag** der CDU-Fraktion, § 17 a um einen Abs. 3 zu ergänzen (s. S. 10 des *Diskussionsprotokolls*), wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN **abgelehnt**.

Der **Antrag** der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, dem die Fraktion der CDU beitrifft, in § 95 einen Abs. 3 einzufügen (s. *Beschlußempfehlung Drucksache 12/3758, S. 2*), wird einstimmig **angenommen**.

Der **Antrag**, in Artikel III - Inkrafttreten - das Datum "1. Januar 1999" durch "1. April 1999" zu ersetzen, wird ebenfalls einstimmig **angenommen**.

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf Drucksache 12/3268** unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Ände-

rungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**.

**Berichterstatter:** Ausschußvorsitzender Volkmar Klein.

Ein von der Fraktion der GRÜNEN erwogener Entschließungsantrag wird nicht gestellt. Statt dessen wird vereinbart, die entsprechenden Aussagen in den Ausschußbericht aufzunehmen.

**4 Auswertung des Datenabgleichs zwischen Grunderwerbsteuer und Einkommensteuer**

Bericht des Finanzministeriums

15

Der Ausschuß nimmt einen kurzen Bericht des Finanzministers Heinz Schleußer entgegen.

**5 Aufgaben und Geschäftstätigkeit der Wertpapier Service Bank AG**

Bericht des Finanzministeriums

16

Finanzminister Heinz Schleußer nimmt Stellung; weitere Fragen sollen demnächst mit dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB im Ausschuß erörtert werden.

**6 Entsperrung von Stellen im Einzelplan 01 im Haushaltsjahr 1998**

Vorlage 12/2562

17

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Dazu aufgeworfene Fragen sollen im Unterausschuß "Personal" beantwortet werden.

- 7 **Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 b Grundgesetz;  
hier: Modellversuche im Hochschulbereich**  
Vorlage 12/2524 18

Nach kurzer Aussprache empfiehlt der Ausschuß dem Landtag einstimmig, die von der Landesregierung beabsichtigte Vereinbarung gemäß § 10 Abs. 4 LHO zur Kenntnis zu nehmen.

Berichterstatlerin: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

- 8 **Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen**  
Vorlage 12/2569 19

Der Ausschuß nimmt die Vorlage ohne Diskussion zur Kenntnis.

- 9 **UFO-Projekt in Dortmund**  
Bericht der Landesregierung 19
- Bericht durch LMR Busch (MWMTV) 19
- Aussprache 21

- 10 **Haushaltmäßige Umsetzung der Trennung von Innen- und Justizressort  
im Haushaltsjahr 1999**  
Bericht des Finanzministeriums 26

MDgt Dr. Berg (FM) berichtet und antwortet auf sich ergebende Fragen.

11    **Verschiedenes**

27

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Beratung** beantragt **Helmut Diegel (CDU)**, die heutige Tagesordnung um den Punkt "Neuntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften" zu ergänzen.

Zur Begründung führt er aus, in der letzten Ausschußsitzung habe seine Fraktion - vergebens - beantragt, die Abstimmung über den Gesetzentwurf zu vertagen, weil zu § 78 d - Altersteilzeit - gravierende Änderungen angekündigt gewesen seien, die aber noch nicht vorgelegen hätten. Die CDU-Fraktion habe gebeten, die Änderungen mitzuteilen, aber weder von den Koalitionsfraktionen noch vom Finanzministerium Auskünfte erhalten.

Inzwischen liege ein Änderungsvorschlag vor, wonach durch § 78 d eine Gleichstellung zwischen Beamten und Angestellten bezüglich der Altersteilzeit erfolgen solle. Weiter heiße es jedoch, daß der Dienstherr von der Anwendung dieser Vorschrift ganz absehen könne.

Mit anderen Worten: Es handele sich um einen organisierten Schwindel. So dürfe mit dem Parlament nicht umgegangen werden. Er bitte, diesen Punkt heute noch einmal zu beraten; die CDU-Fraktion meine, daß der Haushalts- und Finanzausschuß die politischen Folgen unbedingt diskutieren sollte.

**Ernst-Martin Walsken (SPD)** spricht sich gegen die Erweiterung der Tagesordnung aus. Der Ausschuß habe das Verfahren in der letzten Sitzung bereits ausgiebig erörtert. Der HFA sei mitberatender Ausschuß. Der Ausschuß für Innere Verwaltung sei federführend; er werde über die Änderungsvorschläge beraten und gegenüber dem Plenum eine Empfehlung aussprechen. Dann bestehe noch Gelegenheit, im Plenum ausgiebig zu diskutieren. Für eine weitere Erörterung sei der Haushalts- und Finanzausschuß der falsche Ausschuß.

Dem schließt sich **Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE)** an. Der HFA habe in der letzten Sitzung entschieden; es gebe keinen Anlaß für eine nochmalige Beratung.

Der Ausschuß lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, die Tagesordnung wie vorgeschlagen zu erweitern, mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN ab.

Dem vom Vorsitzenden **Volkmar Klein** vorgetragenen Antrag der CDU-Fraktion, die Tagesordnung um eine **Aktuelle Viertelstunde** zu dem Thema "Steuerpflicht für sachleistungsbezogene Rückstellungen gefährdet Garzweiler II" zu ergänzen, wird vom Ausschuß nicht widersprochen.